



2009/08 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2009/08/eine-botschaft-fuer-die-juden>

Israelfeindliche Gewerkschaften in Südafrika

Eine Botschaft für die Juden

Von **Eric Lee**

Der südafrikanische Gewerkschaftsverband Cosatu unterstützt die Weigerung der Hafentarbeiter in Durban, ein israelisches Schiff zu entladen. Die Kampagne richtet sich auch gegen die jüdische Gemeinde des Landes.

»Wir möchten den Juden in Südafrika die Botschaft senden, dass die 1,9 Millionen Arbeiter, die von Cosatu vertreten werden, hinter den Palästinensern stehen«, sagte Bongani Masuku, der Sekretär für internationale Beziehungen des Gewerkschaftsverbandes. Dass die Gewerkschaften in Südafrika israelfeindlich sind, ist nichts Neues. Nachdem Hafentarbeiter in Durban sich Anfang Februar geweigert hatten, ein israelisches Schiff zu entladen, hat sich diese Feindschaft allerdings noch gesteigert.

Der Congress of South African Trade Unions (Cosatu), wegen des langen Kampfes gegen die Apartheid einer der wichtigsten und weltweit angesehensten Gewerkschaftsverbände, hat zum ersten Mal der lokalen jüdischen Gemeinde in Südafrika gewissermaßen den Krieg erklärt. Es war kein Ausrutscher, dass Masaku von »den Juden« sprach. Er sagte: »Jedes von Unterstützern Israels geführte Unternehmen stellt ein Angriffsziel für südafrikanische Arbeiter dar.«

Der Cosatu ließ diesen Worten auch Taten folgen und organisierte mit den Slogans »Free Palestine! Isolate Apartheid Israel!« eine Aktionswoche, zu deren Beginn ein Protest vor den Büros der South African Zionist Federation und des Jewish Board of Deputies stattfand. Um zu rechtfertigen, dass gegen jüdische und nicht etwa israelische Organisationen demonstriert wurde, erklärte die Gewerkschaft: »Beide Organisationen haben die israelischen Angriffe auf Gaza, das Massaker an Zivilisten sowie die Angriffe auf Schulen, Moscheen, Krankenhäuser und Flüchtlingseinrichtungen der UN unterstützt.« Die Palestine Solidarity Campaign, die die Aktionswoche mitfinanziert, betonte, dass die jüdische Gemeinde »Israels Aktionen fördert und anstiftet« und daher ein legitimes Ziel des Protestes sei.

Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in Südafrika kritisierten die Proteste. Der Oberrabbiner Warren Goldstein nannte sie »beschämend und unmoralisch« und »Rassismus in seiner schlimmsten Form«. Zev Krengel, Vorsitzender des Jewish Board of Deputies, erklärte, dass die in Südafrika lebenden Juden es als provokativ empfänden, wenn Proteste in »unserer Region« stattfinden: »Wir leben hier.« Während der gewerkschaftlich organisierten Proteste fand eine proisraelische Gegendemonstration statt, Medienberichten zufolge wurden »Beleidigungen ausgetauscht, Flaggen verbrannt und Gegenstände von beiden Seiten geworfen«. Mehrere

Busse mit antiisraelischen Demonstranten wurden von der Polizei aufgehalten. Mehrere Gewerkschaften anderer Länder unterstützen die Hafendarbeiter in Durban. Die Maritime Union of Australia wies auf ihrer Website darauf hin, dass Gewerkschaftsmitglieder aus Westaustralien »Sanktionen und andere Aktionen gegen Israel« unterstützen wollen. In den USA gaben die Leiter der International Longshore und der Warehouse Union, die Hafendarbeiter an der Westküste repräsentieren, eine Erklärung ab, in der sie sich mit den Hafendarbeitern in Durban solidarisieren. Bereits vor mehreren Wochen hatten griechische Hafendarbeiter gedroht, eine Waffenlieferung per Schiff an Israel zu boykottieren.

Weil die südafrikanischen Gewerkschaften großes Ansehen genießen, könnten das Treiben der Hafendarbeiter in Durban und die Proteste der Cosatu gegen die jüdische Gemeinde zu noch mehr antiisraelischen Aktivitäten führen. Vergleichbare Kampagnen wie der von britischen Universitätsgewerkschaften immer wieder angedrohte Abbruch akademischer Beziehungen zu Israel und der Abbruch der Kontakte mit israelischen Staatsbürgern erregten vor allem die Aufmerksamkeit der Medien. Sollte der Weigerung der Hafendarbeiter in Durban, ein israelisches Schiff zu entladen, ein ähnliches Verhalten von Arbeitern in anderen Ländern folgen, könnte dies eine wesentlich ernstere Bedrohung für die vom Außenhandel über See abhängige israelische Wirtschaft werden.